

Grundlagen bilden/Tvoríme základy

Mandantenbrief/Mandantný list

Aktuelles aus den Bereichen Recht, Steuern und Wirtschaft in der Slowakei
Informácie z oblastí práva, daní a ekonomiky na Slovensku

Ausgabe/vydanie: März/marec 2018 · www.roedl.de/slowakei | www.roedl.com/sk

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Recht aktuell

- > Neue Pflichten der statutarischen Organe ab 1. Januar 2018
- > Register der disqualifizierten Personen
- > Kapitalrücklagen gemäß der neuen Regelung

Wirtschaft aktuell

- > Besonders schwerwiegende Verletzung des Rechnungslegungsgesetzes
- > Geplante Änderungen in den Zuschlägen für Nacht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit
- > Ausnahmen für Arbeitgeber

V tomto vydaní Vám prinášame:

Právo

- > Nové povinnosti štatutárnych orgánov od januára 2018
- > Register diskvalifikovaných osôb
- > Kapitálové fondy po novom

Ekonomika

- > Osobitne závažné porušenie Zákona o účtovníctve
- > Pripravované zmeny v príplatkoch za nočnú prácu, prácu počas víkendov a sviatkov.
- > Výnimky pre zamestnávateľov

Recht aktuell

- > Neue Pflichten der statutarischen Organe ab 1. Januar 2018

Von Tomáš Slivka

Rödl & Partner Bratislava

Zum 1. Januar 2018 trat die am 12. Oktober 2017 durch den Nationalrat der Slowakischen Republik verabschiedete Novellierung des Handelsgesetzbuchs Nr. 264/2017 Slg. in Kraft, die zu relativ umfangreichen Änderungen im Bereich des Schutzes des Geschäftsgeheimnisses, der Implementierungsregeln für das Insolvenzverfahren und nicht zuletzt der Pflichten der statutarischen Organe der Handelsgesellschaften führte.

In der Novellierung des Handelsgesetzbuchs merkt man eine Verschärfung der zivilrechtlichen sowie strafrechtlichen Verantwortlichkeit der statutarischen Organe, Gesellschafter, wie auch der Menschen, die die Handelsgesellschaften durch sog. „Strohänner“ tatsächlich leiten, was zur Erhöhung der Verantwortung in dem unternehmerischen Umfeld der SR führen soll.

Die wahrscheinlich wesentlichste merkbare Änderung ist der Eingriff gegen Personen, die zwar in Wirklichkeit die Geschäftsführung wie auch die Vertretung der Gesellschaft nach außen durchgeführt haben, jedoch nicht im Handelsregister als statutarisches Organ der Gesellschaft im Einklang mit der Bestimmung von § 2 Abs. 1 Lit. e) des Gesetzes Nr. 530/2003 Slg. über das Handelsregister eingetragen waren. Aus der Diktion der Bestimmung des novellierten § 66 Abs. 7 HGB ergibt sich Folgendes: falls nachweislich ist, dass eine Person, die kein statutarisches Organ der Gesellschaft ist, gegenüber Dritten im Namen der Gesellschaft gehandelt hat und eine solche Handlung nachweisbar ist, **ist die handelnde Person, ähnlich wie das statutarische Organ der Gesellschaft, für den Schaden verantwortlich**. Das bedeutet, dass es durch die Handlung der Person, die im Namen der Gesellschaft durch sogenannte Strohänner handelt, zur Aktivierung von Best. § 135a HGB kommt: „Die Person ist verpflichtet,

mit erforderlicher fachlicher Sorgfalt zu handeln, die Interessen der Gesellschaft und aller ihrer Gesellschafter zu wahren“. Die Schadensverantwortung ist im Handelsgesetzbuch als eine absolute objektive Verantwortung mit möglicher Liberation konzipiert, was bedeutet, dass das Subjekt, das den Schaden verursacht hat, dafür verantwortlich ist, sofern es nicht nachweist, dass Umstände eingetreten sind, die die Entstehung des Schadens ausschließen.

Bei Personen, die die Gesellschaft ohne Bestellung in die Funktion des statutarischen Organs und ohne die Eintragung ins Handelsregister leiten, kommt es zur subsidiären Anwendung der Bestimmungen von §§ 566 ff. HGB **über den Mandatsvertrag**.

Die betreffenden Änderungen sind erforderlich, da sie die rechtliche Sicherheit von Dritten stärken und zugleich Personen einschränken, die bisher fähig waren, das unternehmerische Umfeld ohne jedwedes Maß an Verantwortung zu beeinflussen.

Zu weiteren wesentlichen Änderungen gehört die **Erweiterung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit** der statutarischen Organe, und zwar durch Novellierung der Bestimmung § 242 des Gesetzes Nr. 300/2005 Slg. Strafgesetz, wo in die betreffende Bestimmung eine neue Pflicht inkorporiert wurde. Gemäß der betreffenden Novelle wird der Straftatbestand der Vereitelung des Konkurs- oder Ausgleichsverfahrens auch von einem statutarischen Organ oder Mitglied eines statutarischen Organs erfüllt, das **nicht rechtzeitig den Antrag auf Konkursöffnung stellt**, d.h. innerhalb von 30 Tagen nachdem es über seine Überschuldung erfahren hat oder bei Einhaltung der fachlichen Sorgfalt erfahren könnte.

In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auch auf die novellierte Bestimmung von § 11a des Gesetzes Nr. 7/2005 Slg. über Konkurs und Umstrukturierung aufmerksam machen, die die Haftung des statutarischen Organs für den Schaden verankert, der den Gläubigern in Folge der Verletzung der Pflicht entsteht, den Antrag auf Konkursöffnung zu stellen.

Ein weiterer neu entstandener Straftatbestand, der den Schutz der handelsrechtlichen Beziehungen betrifft, vertritt das Interesse an dem Schutz des Verlaufs und der Beendigung der Liquidation der Handelsgesellschaften. Die Bestimmung von § 251b des Strafgesetzes reglementiert den Tatbestand und die Sanktionen für **unlautere Liquidation**, die in der Handlung derjenigen Personen besteht, die einen Dritten aussuchen oder vermitteln, der anschließend zum statutarischen Vertreter der liquidierten Gesellschaft wird und zugleich kein Interesse an der Beendigung des Verlaufs der Liquidation hat bzw. seine mit der Liquidation der Gesellschaft verbundenen Pflichten, die aus relevanten Rechtsvorschriften folgen, nicht erfüllen wird. Gemäß der oben angeführten Bestimmung des Strafgesetzes wird gleichermaßen auch eine Person bestraft, die das Amt des statutarischen Organs der Gesellschaft zwecks Vereitelung des Verlaufs der Liquidation übernimmt und eine Person, die in der Absicht, die Lösung der Beendigung der Unternehmenstätigkeit durch

Liquidation zu vereiteln, die Beteiligung an der juristischen Person auf eine Person überträgt, die nur ihren Vor- und Nachnamen und ihre Identität zur Übernahme von Rechten und Pflichten, die sie jedoch nicht tatsächlich ausüben möchte, ausleiht.

> Register der disqualifizierten Personen

Nicht zuletzt dürfen wir Sie auf die Änderung aufmerksam machen, die die Bestimmung des Handelsgesetzbuchs betrifft, durch die seit dem 1.1.2016 das Register der disqualifizierten Personen eingeführt wurde. Der ursprüngliche Wortlaut der rechtlichen Regelung enthielt eine taxative Auflistung der Ämter, die eine Person während eines Zeitraums von drei Jahren nach der Rechtsgültigkeit der Gerichtsentscheidung über sog. Ausschluss bekleiden darf. Durch die aktuelle Novellierung des Handelsgesetzbuchs wurde seit dem 1.1.2018 eine Basis für die **Erweiterung des Typs von Entscheidungen, auf deren Grundlage eine Person disqualifiziert werden kann**, gegründet. Aus dem Wortlaut der oben angeführten Bestimmung: „Durch die Entscheidung eines Gerichts oder eines anderen Organs, die, falls dies eine Sondervorschrift bestimmt, durch ein Gericht nachprüfbar ist, kann bestimmt werden, dass während des in der Entscheidung angeführten Zeitraums oder aufgrund einer Gerichtsentscheidung während einer Dauer von drei Jahren nach der Rechtsgültigkeit der Entscheidung (nachfolgend „Ausschlussentscheidung“), darf die natürliche Person das Amt eines Mitglieds des statutarischen Organs oder Mitglieds des Aufsichtsorgans in einer Handelsgesellschaft oder Genossenschaft nicht ausüben“ folgt die Absicht des Gesetzgebers, in der Zukunft die Verletzungen im Bereich der Steuern, Zölle oder Beschäftigung durch Ausschluss der verantwortlichen Person in einem Verwaltungsverfahren zu sanktionieren.

Zugleich kommt es zur Vereinheitlichung von handelsrechtlichen Vorschriften, da die Entscheidung, durch die das Gericht dem statutarischen Vertreter als einer zur Konkursöffnung verpflichteten Person die Pflicht auferlegt, gegenüber den Gläubigern für den Schaden gerade aus dem Grund zu haften, dass er keinen Antrag auf Konkursöffnung gestellt hat, nach ihrer Rechtsgültigkeit zugleich als eine **Ausschlussentscheidung gelten wird**.

Da die langfristige Absicht des Gesetzgebers der Schutz von Dritten und Gläubigern der Gesellschaft, deren Interessen durch die Handlung des statutarischen Organs geschädigt werden könnten, ist, hat die Novellierung eine weitere Sanktion gegenüber den statutarischen Vertretern, die durch ihre Handlungen die Interessen der Gläubiger gefährden, eingeführt.

- Die erste Möglichkeit der Disqualifikation tritt in dem Fall ein, falls der statutarische Vertreter im Einklang mit den Bestimmungen des Konkursgesetzes dem Verwalter Mitwirkung leisten sollte, und zwar insbesondere in Form der von dem Verwalter eingeforderten Erklärungen. Gemäß der gültigen Rechtsregelung gilt, dass falls es zur Verletzung dieser Pflicht kommt,

ist das Gericht berechtigt, dem Geschäftsführer eine Strafe bis zur Höhe von 165.000,- € aufzuerlegen, wobei die betreffende Entscheidung über die Auferlegung der Strafe zugleich auch eine Entscheidung über die Disqualifizierung der Person im Einklang mit § 13a HGB ist.

- Die zweite Möglichkeit der Disqualifizierung tritt in dem Vollstreckungsverfahren ein, wo es nach der Aufforderung des Gerichtsvollziehers zur Vorlage der Erklärung über das Vermögen des Vollgestreckten, die im Namen der vollgestreckten Gesellschaft der Geschäftsführer macht, seitens des statutarischen Vertreters nicht zur Erfüllung dieser Pflicht kommt. Bei der ersten Verletzung dieser Pflicht kann das zuständige Gericht, das die Beauftragung zur Durchführung der Zwangsvollstreckung erlassen hat, den statutarischen Vertreter durch eine Ordnungsstrafe sanktionieren. Kommt es zur wiederholten Sanktionierung des statutarischen Vertreters, der die Pflicht verletzt, und die Entscheidung über die Auferlegung der Ordnungsstrafe rechtswirksam wird, gilt eine solche Entscheidung zugleich als die Entscheidung über die Disqualifizierung.

Eine Änderung für die statutarischen Organe bringt die Novellierung auch falls das Amt des alleinigen statutarischen Vertreters der Gesellschaft schon beendet wurde:

- Falls das alleinige statutarische Organ der Gesellschaft ins Handelsregister nicht innerhalb von 60 Tagen nach Ablauf der bestimmten Frist eingetragen wird, ist derjenige, der das Amt des alleinigen statutarischen Organs der Gesellschaft zuletzt ausgeübt hat, verpflichtet, innerhalb von 30 Tagen einen Antrag auf die Auflösung der Gesellschaft zu stellen.
- Sofern eine Sondervorschrift nichts anderes bestimmt, wird das ehemalige statutarische Organ oder ehemalige Mitglied des statutarischen Organs der Gesellschaft auch nach dem Erlöschen des Amtes verpflichtet sein, für den Zeitraum, in dem es als statutarisches Organ oder Mitglied des statutarischen Organs tätig war, die durch das Gericht, den Steuerberater, die Sozialversicherung, den Verwalter oder den Gerichtsvollzieher angeforderte angemessene Mitwirkung zu leisten, und zwar im Umfang, in dem vorausgesetzt werden kann, dass er zur näheren Klärung der Fragen, die die angeforderte Mitwirkung betrifft, beitragen kann. Für die Leistung der Mitwirkung hat das ehemalige statutarische Organ oder das Mitglied des ehemaligen statutarischen Organs der Gesellschaft gegenüber der Gesellschaft ein Recht auf Kostenersatz.

> Kapitalrücklagen gemäß der neuen Regelung

Von Silvia Podlipná

Rödl & Partner Bratislava

Die Novellierung des Handelsgesetzbuchs, Gesetz Nr. 264/2017 Slg. führt mit Wirkung ab 1. Januar 2018 eine neue Rechtsregelung bezüglich der sog. sonstigen Kapitalrücklagen ein, wodurch es nach langen Jahren der „grauen Zone“ zur rechtlichen Verankerung der Regeln zur Bildung oder Teilung der sonstigen Kapitalrücklagen kommt. Die Regelung ist in die Bestimmungen über die Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die Aktiengesellschaft integriert und wird nur auf die Beiträge in die Kapitalrücklage, geleistet von dem Gesellschafter nach dem 1. Januar 2018 angewandt.

Bildung der Kapitalrücklage

Das Gesetz ermöglicht, dass die Gesellschafter / Aktionäre der Gesellschaft eine Kapitalrücklage aus ihren Beiträgen bilden. Die Bildung einer Kapitalrücklage aus den Beiträgen der Gesellschafter muss **in der Gründungsurkunde oder Satzung geregelt sein**. Sofern es sich um die Bildung einer Kapitalrücklage aus den Beiträgen der Gesellschafter bei der Entstehung der Gesellschaft handelt, ist diese durch die Gründer zu genehmigen. Falls es sich um die Bildung der Kapitalrücklage aus den Beiträgen während der Dauer der Gesellschaft handelt, ist diese **durch die Gesellschafterversammlung zu genehmigen**. Zur Einzahlung des Beitrags des Gesellschafters in die Kapitalrücklage werden angemessen die Bestimmungen über die Einlagen angewendet und diese gelten zum Zeitpunkt der Einzahlung als Kapitalrücklage.

Verwendung der Mittel der Kapitalrücklage

Die aus den Beiträgen der Gesellschafter eingezahlte Kapitalrücklage kann zur **Umverteilung unter die Gesellschafter** oder zur **Erhöhung des Stammkapitals** verwendet werden, sofern die Gründungsurkunde oder die Satzung so bestimmt, und zwar aufgrund der Entscheidung der Gesellschafterversammlung. Die Kapitalrücklage aus den Beiträgen der Gesellschafter kann nicht zur Umverteilung unter die Gesellschafter verwendet werden, falls sich die Gesellschaft in der Krise befindet oder falls sie in Folge der Umverteilung der Kapitalrücklage aus den Beiträgen der Aktionäre in die Krise geraten würde.

Falls die eingezahlte Kapitalrücklage aus den Beiträgen der Gesellschafter zur Umverteilung unter die Gesellschafter verwendet werden soll, muss spätestens **60 Tage im Voraus eine Mitteilung über die Höhe der Umverteilung veröffentlicht werden**. Auch im Falle der Umverteilung von Kapitalrücklagen ist es notwendig, die aus dem Handelsgesetzbuch folgende Einschränkung für die Verteilung des Nettogewinns einzuhalten, wie auch die Einschränkung, dass die Gesellschaft unter ihre Gesellschafter keine Kapitalrücklagen umverteilen darf, falls sie

dadurch unter Berücksichtigung aller Umstände ihren Verfall verursacht und falls infolge der Verteilung des Gewinns oder anderer Eigenressourcen der gemäß dem ordentlichen Rechnungsabschluss festgestellte Eigenkapital niedriger als der Wert des Stammkapitals mit dem Reservefonds, beziehungsweise weiteren Rücklagen, die laut Gesetz oder Satzung nicht zur Leistung an die Gesellschafter verwendet werden können, herabgesetzt um den Wert des nicht eingezahlten Stammkapitals, sofern dieser Wert noch nicht in den Aktiva, angeführt in der Bilanz gemäß einem Sondergesetz, ist oder in Folge der Gewinnverteilung oder anderer Eigenressourcen wäre. Die Gesellschaft darf keine Zinsen aus den Einlagen in die Gesellschaft und Vorauszahlungen auf Gewinnanteile auszahlen oder sonstige Eigenressourcen verteilen.

Kontakt für weitere Informationen



Silvia Podlipná

Rechtsanwältin (SK) in Zusammenarbeit mit Rödl & Partner Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 444

E-Mail: silvia.podlipna@roedl.sk

gemäß § 38 Abs. 1 Lit. a) oder n) des Rechnungslegungsgesetzes. Zu solchen Verwaltungsdelikten gehört z.B.:

- > Nichtführung der Buchhaltung;
- > Nichterstellung des Jahresabschlusses;
- > Durchführung von Buchaufzeichnungen außerhalb der Rechnungsbücher;
- > Durchführung von Buchaufzeichnungen über einen Rechnungsfall, der nicht entstanden ist;
- > Verheimlichung und Nichtverbuchung von Tatsachen, die Gegenstand der Buchhaltung sind;
- > Nichteinhaltung der Arten der Bewertung;
- > Nichteinhaltung der Prinzipien der Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen;
- > Nichtveröffentlichung des Jahresabschlusses, des Jahresberichtes und des Prüferberichtes;
- > Nichtgenehmigung des Wirtschaftsprüfers oder Nichtvorlage des Jahresabschlusses zur Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer;
- > Nichtsicherstellung der Archivierung von Jahresabschlüssen, Rechnungsbelegen, Rechnungsbüchern und weiteren Belegen während der Dauer von 10 Jahren.

Das Finanzamt kann bei wiederholter Feststellung der Begehung des oben angeführten Verwaltungsdeliktes eine Geldstrafe bis zur Höhe von 3.000.000 EUR auferlegen und die Aufhebung der Gewerbeberechtigung beantragen.

Auf den ersten Blick kann die Strafe für die gegebenen Verwaltungsdelikte als zu streng erscheinen. Auf der anderen Seite führt die Verletzung einiger der angeführten Pflichten zu einer benachteiligten Stellung derjenigen, die sich um eine faire Unternehmenstätigkeit bemühen. Als Beispiel führen wir die Verheimlichung und Nichtverbuchung von Tatsachen an, die Gegenstand der Buchhaltung sind, mit nachfolgender Veröffentlichung des Jahresabschlusses im Internet, was zu einer Verbesserung des Abbildes der Finanzlage der Gesellschaft im Vergleich zur Konkurrenz führen kann. Ein Grenzbeispiel ist die Beeinflussung der Wirtschaftsergebnisse zwecks Nichtbegleichung von Steuern, was im Prinzip der primäre Impuls zur Einführung des Instituts der besonders schwerwiegenden Verletzung des Rechnungslegungsgesetzes im Rahmen des Aktionsplans des Kampfes gegen Steuerbetrüge war.

Der langfristig am häufigsten angeführte Mangel, der das Unternehmensumfeld in der Slowakei verschlechtert, ist die Undurchsetzbarkeit des Rechtes. Fraglich ist, wie die angeführte Bestimmung in der Praxis angewandt wird und ob z.B. die Sanktion in Form der Aufhebung der Gewerbeberechtigung, d.h. Verbot der Unternehmenstätigkeit tatsächlich zum Rückgang der Anzahl an Betrügen, zur Erhöhung der Qualität des Unternehmensumfeldes und zur Beseitigung unfairer Praktiken führen wird.

Wirtschaft aktuell

> Besonders schwerwiegende Verletzungen des Rechnungslegungsgesetzes

Von Juraj Molčan

Rödl & Partner Bratislava

In der Dezember-Ausgabe des Mandantenbriefes haben wir Sie über die ab dem 1. Januar 2018 wirksamen Änderungen im Rechnungslegungsgesetz informiert. In dieser Ausgabe des Mandantenbriefes möchten wir uns der Einführung eines neuen Instituts der „besonders schwerwiegenden Verletzung des Rechnungslegungsgesetzes“ widmen, welches innerhalb der Fachöffentlichkeit zumindest die Frage hervorruft, ob es sich nicht um eine zu strenge Bewertung der Verletzung eines Gesetzes, welches in Anführungszeichen „nur“ Buchführungsvorschriften definiert, handelt.

Die neue rechtliche Regelung hält für eine besonders schwerwiegende Verletzung des Rechnungslegungsgesetzes die wiederholte Begehung eines Verwaltungsdeliktes

Kontakt für weitere Informationen

Juraj Molčan
Wirtschaftsprüfer
Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 411
E-Mail: Juraj.molcan@roedl.sk

> Geplante Änderungen in den Zuschlägen für Nacht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit

Von Ján Beleš

Rödl & Partner Bratislava

Nach einigen Monaten von Verhandlungen ist es zur Einigung der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter mit dem Arbeitsresort und den Regierungsabgeordneten in den Fragen der Anpassungen von Zuschlägen für Nacht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit gekommen.

Die Einigung bedeutet, dass die Anpassung der Zuschläge in zwei Etappen durchgeführt wird. Die erste Erhöhung der Zuschläge wird ab dem 1. Mai dieses Jahres und die zweite Erhöhung wird ab dem 1. Mai 2019 durchgeführt.

Im Falle des Zuschlags für Nachtarbeit soll die Wirksamkeit der Novelle des Arbeitsgesetzbuches aufgeteilt werden. Es wird ebenfalls unterschieden, ob es sich um allgemeine oder risikoreiche Arbeit handelt. Die Regierungsabgeordneten schlagen vor, den Zuschlag für Nachtarbeit vom gegenwärtigen Satz 20 % auf 50 % des Betrags des Mindestlohnes in Euro pro Stunde zu erhöhen.

Bei der Erhöhung der Zuschläge wird es zwei Zeitzonen geben. Die erste Zeitzone aus der Sicht der Wirksamkeit besteht ab dem 1. Mai 2018 und die zweite Zeitzone besteht ab dem 1. Mai 2019. In Hinblick auf eine ganze Reihe von Anmerkungen aus unterschiedlichen Branchen ist es zu einer Kompromisslösung auch in der Arbeitsaufteilung in allgemeine und risikoreiche Arbeit gekommen.

Ab dem 1. Mai dieses Jahres wird der Zuschlag im Falle allgemeiner Arbeit auf 30 % erhöht und im Folgejahr wird die Erhöhung im Falle allgemeiner Arbeit 40 % darstellen. Ähnlich wird man auch im Falle risikoreicher Arbeit vorgehen. Ab dem 1. Mai dieses Jahres wird der Zuschlag 35 % darstellen und ab dem 1. Mai 2019 wird der Zuschlag auf 50 % erhöht.

Ausnahmen für Arbeitgeber

Arbeitgeber werden jedoch die Möglichkeit haben, im Rahmen der sog. Derogationsklausel, die im Arbeitsgesetzbuch gegenwärtig in einigen Bereichen besteht, Ausnahmen geltend zu machen. Für die Arbeitgeber bedeutet das, dass sie die Bedingungen der Erhöhung des Zuschlags für Nachtarbeit im Rahmen des Tarifvertrages vereinbaren werden können, der Zuschlag wird jedoch mindestens 25 % ab dem 1. Mai dieses Jahres und mindestens 35 % ab dem 1. Mai des Folgejahres betragen müssen.

In Gesellschaften, in welchen es keine Gewerkschaften gibt, werden Arbeitgeber Ausnahmen bezüglich der Lohnbewertung der Nachtarbeit im Rahmen des Arbeitsvertrages mit dem Arbeitnehmer vereinbaren können. Nach der neuen Regelung wird auch ein Zuschlag für Wochenendarbeit eingeführt. Der ursprüngliche Vorschlag stellte 100 % vom Betrag des Mindestlohnes in Euro pro Stunde dar. Auf Grundlage der Kompromisslösung wird der Zuschlag für Samstagarbeit ab dem 1. Mai dieses Jahres jedoch 25 % und ab dem Folgejahr 50 % betragen. Auch in diesem Falle wird es möglich sein, zwei Ausnahmen geltend zu machen, es kommt hier jedoch zu keiner Aufteilung in allgemeine und risikoreiche Arbeit.

Die Arbeitnehmer werden auch einen Zuschlag für Sonntagsarbeit erhalten. Auch diese Erhöhung wird schrittweise durchgeführt. Ab dem 1. Mai 2018 soll der Zuschlag 50 % betragen und ab dem 1. Mai 2019 wird der Zuschlag auf 100 % erhöht.

Nach Verhandlungen mit den Sozialpartnern wird der ursprüngliche Vorschlag des Zuschlags für Feiertagsarbeit nicht geändert, die Erhöhung soll also 100 % des Durchschnittsverdienstes des Arbeitnehmers im Vergleich zum jetzigen Niveau von 50 % betragen.

Kontakt für weitere Informationen

Ján Beleš
Buchhalter
Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 444
E-Mail: jan.beles@roedl.sk

Právo

> Nové povinnosti štátnych orgánov od 1. januára 2018

Tomáš Slivka

Rödl & Partner Bratislava

K 1. januáru 2018 vstúpila do účinnosti novela Obchodného zákonníka č. 264/2017 Z.z. schválená Národnou radou Slovenskej republiky dňa 12.10.2017, ktorou prišlo k pomerne rozsiahlym zmenám v oblasti ochrany obchodného tajomstva, implementačných pravidiel pre insolvenčné konanie a v neposlednom rade povinností štatutárnych orgánov obchodných spoločností.

V novele Obchodného zákonníka badať sprísnenie tak občianskoprávnej ako aj trestnoprávnej zodpovednosti štatutárnych orgánov, spoločníkov, ako aj ľudí fakticky riadiacich obchodné spoločnosti prostredníctvom tzv. „bielych koní“, ktoré má smerovať k zvýšeniu zodpovednosti v podnikateľskom prostredí SR.

Azda najzásadnejšou badaateľnou zmenou je zásah voči osobám, ktoré síce v skutočnosti vykonávali vedenie spoločnosti, ako aj zastupovanie spoločnosti navonok, avšak neboli zapísané v Obchodnom registri ako štatutárny orgán spoločnosti v súlade s ustanovením § 2 ods. 1 písm. e) zákona č. 530/2003 Z.z. o Obchodnom registri. Z dikcie ustanovenia novelizovaného § 66 ods. 7 ObZ vyplýva: **ak je preukázateľné, že osoba, ktorá nie je štatutárnym orgánom spoločnosti, konala voči tretím osobám v mene spoločnosti a je možné takéto konanie preukázať, je konajúca osoba zodpovedná za škodu obdobne ako štatutárny orgán spoločnosti.** To znamená, že konaním osoby, ktorá koná v mene spoločnosti prostredníctvom tzv. bielych koní, prichádza k aktivácii ust. § 135a ObZ. „Osoba je povinná konať s náležitou odbornou starostlivosťou, zachovávať záujmy spoločnosti a všetkých jej spoločníkov“. Zodpovednosť za škodu v Obchodnom zákonníku je koncipovaná ako absolútna objektívna zodpovednosť s možnosťou liberácie, čo znamená, že subjekt, ktorý škodu spôsobil je za ňu zodpovedný ak nepreukáže, že nastali okolnosti, ktoré vylučujú vznik škody.

V prípade osôb riadiacich spoločnosť bez menovania do funkcie štatutárneho orgánu a bez zápisu do Obchodného registra príde k subsidiárnemu využitiu ustanovení § 566 a nasl. ObZ **o mandátnej zmluve.**

Predmetné zmeny sú žiadúce, nakoľko posilnia právnu istotu tretích osôb a zároveň limitujú osoby, ktoré boli doteraz schopné ovplyvňovať podnikateľské prostredie bez akejkoľvek miery zodpovednosti.

Medzi ďalšie podstatné zmeny patrí **rozšírenie trestnoprávnej zodpovednosti** štatutárnych orgánov a to novelizáciou ustanovenia § 242 zákona č. 300/2005

Z.z. Trestný zákon, kde do predmetného ustanovenia bola inkorporovaná nová povinnosť. V zmysle predmetnej novely skutkovú podstatu trestného činu marenia konkurzného alebo vyrovnacieho konania naplní aj štatutár alebo člen štatutárneho orgánu, ktorý **nepodá včas návrh na vyhlásenie konkurzu**, t.j. v lehote do 30 dní, od kedy sa dozvedel alebo sa pri zachovaní odbornej starostlivosti mohol dozvedieť o svojom predĺžení.

V tejto súvislosti dávame do pozornosti aj novelizovaný ust. § 11a zákona č. 7/2005 Z.z. o konkurze a reštrukturalizácií, ktoré zakotvuje zodpovednosť štatutárneho orgánu za škodu, ktorá vznikne veriteľom v dôsledku porušenia povinnosti podať návrh na vyhlásenie konkurzu.

Ďalšia novovzniknutá skutková podstata trestného činu, týkajúca sa ochrany obchodnoprávných vzťahov, reprezentuje záujem na ochrane priebehu a ukončenia likvidácie obchodných spoločností. Ustanovenie § 251b Trestného zákon reglementuje skutkovú podstatu a sankcie za **nekalú likvidáciu**, ktorá spočíva v konaní tých osôb, ktoré vyhľadajú alebo sprostredkujú inú osobu, ktorá sa následne stane štatutárom likvidovanej spoločnosti a zároveň nemá záujem na ukončení priebehu likvidácie, resp. nebude plniť svoje povinnosti spojené s likvidáciou spoločnosti, vyplývajúce z relevantných právnych predpisov. V zmysle vyššie uvedeného ustanovenia Trestného zákona sa rovnako potrestá aj osoba, ktorá prevezme funkciu štatutárneho orgánu spoločnosti za účelom marenia priebehu likvidácie a osoba, ktorá v úmysle zmařit riešenie ukončenia podnikania likvidáciou prevedie účasť na právnickej osobe na osobu, ktorá len prepožičiava svoje meno a priezvisko a svoju totožnosť k prevzatíu práv a povinností, ktoré však nemá skutočný záujem vykonávať.

> Register diskvalifikovaných osôb

V neposlednom rade si dovoľujeme upozorniť na zmenu, ktorá sa týka ustanovenia Obchodného zákonníka, ktorým sa od 1.1.2016 zaviedol register diskvalifikovaných osôb. Pôvodné znenie právnej úpravy obsahovalo taxatívny výpočet funkcií, ktoré nemôže osoba zastávať po dobu troch rokov od právoplatnosti rozhodnutia súdu o tzv. vylúčení. Aktuálnou novelou Obchodného zákonníka bol od 1.1.2018 založený základ pre **rozšírenie typu rozhodnutí, na základe ktorých môže byť osoba diskvalifikovaná.** Z textácie vyššie uvedeného ustanovenia: „Rozhodnutím súdu alebo rozhodnutím iného orgánu, ktoré je preskúmateľné súdom, ak tak ustanoví osobitný predpis, môže byť určené, že po dobu uvedenú v rozhodnutí, alebo na základe rozhodnutia súdu po dobu troch rokov od právoplatnosti rozhodnutia (ďalej len „rozhodnutie o vylúčení“), fyzická osoba nesmie vykonávať funkciu člena štatutárneho orgánu alebo člena dozorného orgánu v obchodnej spoločnosti alebo družstve“ vyplýva zámer zákonodarcu v budúcnosti sankcionovať porušenia v oblasti daní, ciel alebo zamestnanosti, vylúčením zodpovednej osoby v správnom konaní.

Zároveň prichádza k zosúladieniu obchodnoprávných predpisov, nakoľko rozhodnutie, ktorým súd uloží štatutárovi ako osobe povinnej na vyhlásenie konkurzu povinnosť zodpovedať veriteľom za škodu práve z dôvodu, že návrh na konkurz nepodal, bude takýto rozsudok po svojej právoplatnosti považovaný zároveň za **rozhodnutie o vylúčení**.

Nakoľko dlhodobým zámerom zákonodarcu je ochrana tretích osôb a veriteľov spoločností, ktorých záujmy by mohli byť konaním štatutárneho orgánu poškodené, bola novelizáciou zavedená ďalšia sankcia voči štatutárom, ktorí svojím konaním ohrozujú záujmy veriteľov:

- Prvá možnosť diskvalifikácie nastáva v prípade, ak mal tento v súlade s ustanoveniami zákona o konkurze poskytnúť správcovi súčinnosť a to najmä vo forme vysvetlení vyžiadaných správcom. V zmysle platnej právnej úpravy, ak príde k porušeniu tejto povinnosti, je súd oprávnený udeliť konateľovi pokutu do výšky 165.000,- €, pričom predmetné rozhodnutie o uložení pokuty je zároveň aj rozhodnutím o diskvalifikácii osoby v súlade s ustanovením § 13a ObZ.
- Druhá možnosť diskvalifikácie nastáva v exekučnom konaní, kde po výzve exekútora na doloženie vyhlásenia o majetku exekvovaného, ktoré v mene exekvovanej spoločnosti robí konateľ, nepríde zo strany štatutára k splneniu tejto povinnosti. V prípade prvotného porušenia tejto povinnosti môže príslušný súd, ktorý poverenie na vykonanie exekúcie vydal, sankcionovať štatutára poriadkovou pokutou. Ak príde k opätovnému sankcionovaniu štatutára porušujúceho povinnosť, a rozhodnutie o uložení poriadkovej pokuty sa stane právoplatné, považuje sa takéto rozhodnutie zároveň za rozhodnutie o diskvalifikácii.

Zmenu pre štatutárov prináša novela aj v prípade, ak funkcia jediného štatutára spoločnosti bola už ukončená :

- Ak jediný štatutárny orgán spoločnosti nie je zapísaný do obchodného registra do 60 dní od uplynutia stanovenej doby, je ten, kto funkciu jediného štatutárneho orgánu spoločnosti vykonával naposledy, povinný podať do 30 dní návrh na zrušenie spoločnosti.
- Ak osobitný predpis neustanovuje inak, i po zániku funkcie je bývalý štatutárny orgán alebo bývalý člen štatutárneho orgánu spoločnosti za obdobie, v ktorom pôsobil ako štatutárny orgán alebo člen štatutárneho orgánu spoločnosti, povinný poskytovať primeranú súčinnosť vyžiadajú súdom, správcom dane, Sociálnou poisťovňou, zdravotnou poisťovňou, správcom alebo súdnym exekútorom, a to v rozsahu, v akom možno predpokladať, že môže prispieť k bližšiemu objasneniu otázok, ktorých sa požadovaná súčinnosť týka. Za poskytnutie súčinnosti má bývalý štatutárny orgán alebo bývalý člen štatutárneho orgánu spoločnosti voči spoločnosti právo na náhradu nákladov.

> Kapitálové fondy po novom

Silvia Podlipná

Rödl & Partner Bratislava

Novela Obchodného zákonníka zákon č. 264/2017 Z.z. s účinnosťou od 1. januára 2018 zavádza novú právnu úpravu týkajúcu sa tzv. ostatných kapitálových fondov, čím po dlhých rokoch „šedej zóny“ dochádza k právnemu zakotveniu pravidiel vytvorenia či rozdelenia ostatných kapitálových fondov. Úprava je zakomponovaná do ustanovení o spoločnosti s ručením obmedzeným a akciovej spoločnosti a použije sa len na príspevky do kapitálového fondu poskytnuté spoločníkom po 1. januári 2018.

Vytvorenie kapitálového fondu

Zákon umožňuje, aby spoločníci/akcionári spoločnosti vytvorili kapitálový fond zo svojich príspevkov. Vytvorenie kapitálového fondu z príspevkov spoločníkov musí byť **upravené v zakladateľskej zmluve alebo v stanovách**. Ak ide o vytvorenie kapitálového fondu z príspevkov spoločníkov pri vzniku spoločnosti, musia ho schváliť zakladatelia. Ak ide o vytvorenie kapitálového fondu z príspevkov za trvania spoločnosti, musí ho **schváliť valné zhromaždenie**. Na splatenie príspevku spoločníka do kapitálového fondu sa primerane použijú ustanovenia o vkladoch a za kapitálový fond sa považujú okamihom splatenia.

Použitie prostriedkov kapitálového fondu

Splatený kapitálový fond z príspevkov spoločníkov možno použiť na **prerozdelenie medzi spoločníkov** alebo na **zvýšenie základného imania**, ak tak ustanovuje zakladateľská zmluva alebo stanovy a to na základe rozhodnutia valného zhromaždenia. Kapitálový fond z príspevkov spoločníkov nemožno použiť na prerozdelenie medzi spoločníkov, ak je spoločnosť v kríze alebo ak by sa v dôsledku prerozdelenia kapitálového fondu z príspevkov akcionárov dostala do krízy.

Ak sa má splatený kapitálový fond z príspevkov spoločníkov použiť na prerozdelenie medzi spoločníkov, najneskôr **60 dní vopred sa musí zverejniť oznámenie o výške jeho prerozdelenia**. Aj v prípade prerozdelenia kapitálových fondov je nevyhnutné dodržať obmedzenie vyplývajúce z Obchodného zákonníka pre rozdelenie čistého zisku a obmedzenie, že spoločnosť nemôže rozdeliť medzi spoločníkov kapitálové fondy, ak tým s prihliadnutím na všetky okolnosti spôsobí svoj úpadok a ak vlastné imanie zistené podľa schválenej riadnej účtovnej závierky je, alebo by bolo v dôsledku rozdelenia zisku alebo iných vlastných zdrojov nižšie ako hodnota základného imania spolu s rezervným fondom, prípadne ďalšími fondmi vytváranými spoločnosťou, ktoré sa podľa zákona alebo stanov nesmú použiť na plnenie spoločníkom, znížená o hodnotu nesplateného základného imania, ak táto hodnota ešte nie je zahrnutá v aktívach uvedených v súvahe podľa osobitného zákona.

Spoločnosť nesmie vyplácať úroky z vkladov do spoločnosti a preddavky na podiely na zisku alebo rozdeliť iné vlastné zdroje.

Kontakt pre ďalšie informácie



Silvia Podlipná
advokátka (SK) v spolupráci s Rödl & Partner
Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 444
E-Mail: silvia.podlipna@roedl.sk

Ekonomika

> Osobitné závažné porušenie Zákona o účtovníctve

Juraj Molčan

Rödl & Partner Bratislava

V decembrovom vydaní mandantného listu sme Vás informovali o zmenách v Zákone o účtovníctve účinných od 1. januára 2018. V tomto vydaní mandantného listu by sme sa chceli venovať zavedeniu nového inštitútu „osobitne závažného porušenia Zákona o účtovníctve“, ktorý vyvoláva v odbornej verejnosti prinajmenšom otázku, či sa nejedná o príliš prísne posudzovanie porušenia zákona, ktorý definuje v úvodzovkách „iba“ účtovné predpisy.

Nová právna úprava považuje za osobitne závažné porušenie Zákona o účtovníctve opakované spáchanie správneho deliktu podľa § 38 ods. 1 písm. a) alebo n) Zákona o účtovníctve. K takýmto správnym deliktom patrí napr.:

- > nevedenie účtovníctva;
- > nezostavenie účtovnej závierky;
- > vykonávanie účtovných zápisov mimo účtovných kníh;
- > vykonávanie účtovných zápisov o účtovnom prípade, ktorý nevznikol;
- > zatajovanie a nezaúčtovanie skutočností, ktoré sú predmetom účtovníctva;
- > nedodržiavanie spôsobov oceňovania;
- > nedodržiavanie zásad tvorby opravných položiek a rezerv;
- > nezverejnenie účtovnej závierky, výročnej správy a správy audítora;
- > neschválenie audítora alebo nepredloženie účtovnej závierky na overenie audítorm;

- > nezabezpečenie archivácie účtovných závierok, účtovných dokladov, účtovných kníh a ďalších dokladov po dobu desiatich rokov.

Daňový úrad pri opakovanom zistení spáchania vyššie uvedeného správneho deliktu uloží pokutu do výšky 3.000.000 EUR a môže podať podnet na zrušenie živnostenského oprávnenia.

Na prvý pohľad sa môže zdať postih za dané správne delikty príliš prísny. Na druhej strane porušovanie niektorých z uvedených povinností vedie k znevýhodnenej pozícii tých, ktorí sa snažia podnikat' férovo. Ako príklad uvádzame zatajovanie a nezaúčtovanie skutočností, ktoré sú predmetom účtovníctva, s následným zverejnením účtovnej závierky na internete, čo môže viesť k zlepšeniu obrazu o finančnej situácii spoločnosti v porovnaní s konkurenciou. Krajným príkladom je ovplyvňovanie výsledkov hospodárenia za účelom neplatenia daní, čo bol v podstate prvotný impulz na zavedenie inštitútu osobitne závažného porušenia Zákona o účtovníctve v rámci Akčného plánu boja proti daňovým podvodom.

Dlhodobou najčastejšie uvádzaným nedostatkom, ktorý zhoršuje podnikateľské prostredie na Slovensku, je nevykonalnosť práva. Otázne je, ako sa v praxi bude uplatňovať uvedené ustanovenie a či napr. sankcia v podobe zrušenia živnostenského oprávnenia, t.j. zákazu podnikateľskej činnosti skutočne povedie k zníženiu počtu podvodov, k skvalitneniu podnikateľského prostredia a k odstráneniu neférových praktík.

Kontakt pre ďalšie informácie



Juraj Molčan
audítor
Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 411
E-Mail: juraj.molcan@roedl.sk

> Pripravované zmeny v príplatkoch za nočnú prácu, prácu počas víkendov a sviatkov.

Ján Beleš

Rödl & Partner Bratislava

Po niekoľkých mesiacoch rokovaní došlo k dohode zástupcov zamestnancov a zamestnávateľov s rezortom práce a vládnymi poslancami v otázkach úprav príplatkov za nočnú prácu, prácu počas víkendov a sviatkov.

Dohoda znamená, že úprava príplatkov sa bude realizovať v dvoch etapách. Prvé zvýšenie príplatkov zamestnanci pocítia od 1. mája tohto roka, ďalšie zvýšenie príde od 1. mája 2019.

Pri príplatku za nočnú prácu sa má rozložiť účinnosť novely Zákonníka práce. Taktiež sa bude rozlišovať, či ide o všeobecnú alebo rizikovú prácu. Vládni poslanci navrhujú zvýšiť príplatok za nočnú prácu zo súčasnej sadzby 20 % na 50 % sumy minimálnej mzdy v eurách za hodinu.

Pri zvyšovaní príplatkov budú dve časové pásma. Prvé časové pásmo z hľadiska účinnosti je od 1. mája 2018 a druhé od 1. mája 2019. Vzhľadom na celý rad pripomienok z rôznych odvetví došlo ku kompromisnému riešeniu i v rozdelení práce na všeobecnú a rizikovú prácu.

Od 1. mája tohto roka bude pri všeobecnej práci príplatok zvýšený na 30 % a v ďalšom roku bude zvýšenie pri všeobecnej práci predstavovať 40 %. Podobný postup bude aj pri rizikovej práci. Od 1. mája tohto roka bude príplatok predstavovať 35 % a od 1. mája 2019 sa zvýši na 50 %.

Výnimky pre zamestnávateľov

Zamestnávateľia však budú mať možnosť uplatniť si výnimky v rámci tzv. derogačnej klauzuly, ktorá je v Zákonníku práce v súčasnosti uvedená v niektorých oblastiach. Pre zamestnávateľov to znamená, že podmienky zvýšenia príplatku za nočnú prácu budú môcť dohodnúť v rámci kolektívnej zmluvy, príplatok však bude musieť byť najmenej vo výške 25 % od 1. mája tohto roka a od 1. mája budúceho roka bude musieť byť najmenej vo výške 35 %.

V spoločnostiach, v ktorých nie sú odbory, budú môcť zamestnávateľia dohodnúť výnimky týkajúce sa mzdového ohodnotenia za nočnú prácu v rámci pracovnej zmluvy so zamestnancom. Po novom sa zavádza aj príplatok za víkendovú prácu. Pôvodný návrh bol vo výške 100 % sumy minimálnej mzdy v eurách za hodinu. Po kompromise však od 1. mája tohto roka bude príplatok za prácu v sobotu predstavovať 25 % a od budúceho roka sa zvýši na 50 %. I v tomto prípade bude možné uplatniť dve výnimky, ale nedôjde tu k deleniu medzi všeobecnú a rizikovú prácu.

Zamestnanci budú mať príplatok aj za prácu v nedeľu. Aj toto zvyšovanie bude postupné. Od 1. mája 2018 má byť príplatok vo výške 50 % a od 1. mája 2019 sa príplatok zvýši na 100 %.

Po rokovaníach so sociálnymi partnermi sa nemení pôvodný návrh v prípade príplatku za sviatok, zvýšenie má teda predstavovať 100 % priemerného zárobku zamestnanca v porovnaní so súčasnou úrovňou 50 %.

Kontakt pre ďalšie informácie



Ján Beleš
účtovník
Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 444
E-Mail: jan.beles@roedl.sk

Tvoríme základy

„Naše znalosti tvoria základ nášho poradenstva. Na nich spolu s našimi mandantmi stavíme.“

Rödl & Partner

„Naše jedinečné ľudské veže môžu vyrásť len vtedy, ak majú pevný základ.“

Castellers de Barcelona



„Každý jednotlivec je dôležitý“ - u Castellers a u nás.

Ľudské veže jedinečným spôsobom symbolizujú podnikovú kultúru spoločnosti Rödl & Partner. Stelesňujú našu filozofiu súdržnosti, vyváženosti, odvahy a tímoveho ducha. Znázorňujú rast z vlastných síl, ktorý urobil zo spoločnosti Rödl & Partner to, čím je dnes.

„Força, Equilibri, Valor i Seny“ (silá, stabilita, odvaha a rozum) je katalánske heslo všetkých Castellers, ktoré veľmi výstižne vyjadruje ich základné hodnoty. Toto heslo oslovilo aj nás a charakterizuje našu mentalitu. Preto spoločnosť Rödl & Partner v máji 2011 nadviazala spoluprácu s Castellers de Barcelona – predstaviteľmi tejto dlhoročnej tradície stavania ľudských veží, ktorí spolu s inými stelesňujú toto duchovné kultúrne dedičstvo.

Impressum Mandantenbrief, Ausgabe März 2018
Mandantný list, vydanie marec 2018

Herausgeber/ Vydáva:

Rödl & Partner Bratislava
Lazaretská 8, 811 08 Bratislava
Tel.: + 421 (2) 57 200 411 | www.roedl.com/sk

Verantwortlich für den Inhalt/Zodpovedný za obsah:

Bereich Recht/Oblasť Právo

JUDr. Maroš Tóth, MBA – maros.toth@roedl.sk

Bereich Steuern/Oblasť Dane

Peter Alföldi – peter.alfoldi@roedl.sk

Bereich Wirtschaft/Oblasť Ekonomika

Mikuláš Ivaško – mikulas.ivaško@roedl.sk

Layout/Satz: **Miriama Zendeková** – miriama.zendekova@roedl.sk

Tento Mandantný list je nezáväznou informačnou publikáciou a slúži na všeobecné informačné účely. Nepredstavuje právne, daňové ani podnikové poradenstvo a nenahrádza individuálne poradenstvo. Pri spracovaní Mandantného listu a informácií v ňom obsiahnutých sa Rödl & Partner neustále snaží o maximálnu dôslednosť, nepreberá však zodpovednosť za správnosť, aktuálnosť a úplnosť informácií. Nakoľko sa tu obsiahnuté informácie nezaoberajú konkrétnymi situáciami jednotlivcov alebo právnických osôb, mal by mandant v konkrétnom prípade požiadať o poskytnutie poradenstva. Rödl & Partner nepreberá zodpovednosť za rozhodnutia, ktoré čitatelia urobia na základe tohto Mandantného listu. Naši poradcovia sú Vám radi k dispozícii.

Celý obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete je duševným vlastníctvom Rödl & Partner a spadá pod ochranu autorských práv. Užívateľia môžu obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete stahovať, tlačiť alebo kopírovať len pre vlastnú potrebu. Na akékoľvek zmeny, rozmnožovanie, rozširovanie alebo verejné prezentovanie tohto obsahu alebo jeho časti, či už online alebo offline, je potrebný predchádzajúci písomný súhlas spoločnosti Rödl & Partner.